

Herbstsession 2017 des Nationalrats

Weitere Infos: www.martinamunz.ch



Die Herbstsession ist aus unserer Sicht recht erfolgreich verlaufen. Mit der Erweiterung des automatischen Informationsaustausches AIA auf 39 weitere Länder sind wir im Kampf gegen die Steuerhinterziehung einen wichtigen Schritt vorangekommen. Der Um- und Ausbau der Stromnetze sowie das Geldspielgesetz wurden weitgehend in unserem Sinne entschieden. Auch der Angriff auf die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit konnte erfolgreich abgewehrt werden. Das sind nur einige Erfolgsmeldungen aus dieser Session. Sie haben geholfen, die verlorene Altersreform-Abstimmung einigermassen zu verdauen. Für Erheiterung sorgte im Ständerat Armin Capaul mit seiner Hornkuhinitiative.



Chilbi im Bundeshaus – doch die Sensation bleibt aus!

Hinz und Kunz der Politprominenz traf sich am Vorabend der Bundesratswahl im Bellevue Palace, umschwärmt von JournalistInnen. Alle hofften auf prickelnde News! Für Aufregung sorgte lediglich eine leicht „gefakte“ Mail der FDP-Frauen, mit tatsächlich einer Wahlempfehlung für Cassis. Das war starker Tubak! Der Tessiner Anspruch auf den Bundesratssitz wurde lautstark angemeldet. Unverständlich blieb, warum die fähige FDP-Frau Laura Sadis nicht für ein Tessiner Zweier-Ticket nominiert wurde. Sie hätte echte Wahlchancen gehabt. Seit Elisabeth Kopp war die FDP nie mehr mit einer Frau im Bundesrat vertreten. Die Bedenken gegenüber dem Krankenkassenlobbyist Cassis waren gross. Krankenkassen sind bemüht, den Leistungskatalog zu kürzen, Franchisen zu erhöhen und die freie Arztwahl einzuschränken. Jetzt, nach der Wahl zum Bundesrat, muss Ignazio Cassis diesen Hut ablegen und die Anliegen der Bevölkerung höher gewichten. In seiner Antrittsrede versuchte er sich von der Umarmung der SVP etwas zu lösen und mit der Erwähnung von Rosa Luxemburg schmeichelte er uns Linken. Tatsächlich ist mit der Wahl von Cassis der Rechtsrutsch im Bundesrat angekommen.

Wo bleiben die Lehren aus der Finanzkrise?

Das Finanzdienstleistungsgesetz sollte Anleger besser davor schützen, Milliardenbeträge mit fragwürdigen Finanzprodukten zu verlieren. Der Bundesrat schlug Schutzmassnahmen wie beispielsweise Sammelklagen vor und einen Fonds für Prozesskosten. Doch dem Gesetz wurden alle Zähne gezogen. Ähnlich wie bei der USR III wurde das Gesetz nach dem Gusto der Banken geschmiedet. Der Anlegerschutz wurde aufgeweicht statt verschärft. Wer nicht vermögend ist, hat kaum Chancen zu seinem Recht zu kommen. Die „Bänker“ aber haben sich unter Umständen einen Bärenienst erwiesen, denn in der EU sind versteckte Provisionen, sogenannte Kickbacks, verpönt. In der Schweiz bleiben sie weiterhin erlaubt. Dadurch könnte der freie Zugang zu den Märkten eingeschränkt werden. Es braucht offenbar noch grössere finanzielle Erdbeben, um das Parlament von einem Gesetz zu überzeugen, das primär die Anleger und nicht die Finanzinstitute schützt.

Unsere längst geforderte Weissgeldstrategie wird umgesetzt

Der automatische Informationsaustausch AIA ist ein wichtiges Instrument zur Verhinderung von Steuerhinterziehung und verbindet uns bereits mit europäischen Staaten. Nun wird er auf 39 weitere Länder ausgeweitet, darunter auch finanzpolitisch dubiose Länder wie die Cayman-Insel. Einzig die SVP sperrte sich gegen diese Abkommen. Magdalena Martullo sorgte sich um die Auslandschweizer, sie könnten wegen ihrem angesparten Vermögen erpresst werden: „Wir liefern unsere eigenen Leute aus“. Die Argumentation war nicht schlüssig, denn die Auslandschweizer befürworteten die Vorlage. Die Schweiz würde sich ohne AIA einem neuen Reputationsrisiko bezüglich Schwarzgeld, Geldwäscherei und Steuerhinterziehung aussetzen. Den AIA abzulehnen, wie es die SVP wollte, würde die Schweiz wirtschaftlich schwächen. Bundesrat Ueli Maurer musste viele Pfeile seiner eigenen Partei abwehren: „Der AIA ist heute alternativlos. Die Schweiz hat die internationalen Spielregeln übernommen. Etwas anderes ist für eine offene Volkswirtschaft gar nicht mehr möglich.“

Geldspiele: Wer zockt da wen ab?

Das Geldspielgesetz ging in dieser Session in die letzte Runde. Noch offen war die Frage, ob Glücksspiele „nur“ bis zu einer Million Franken oder gänzlich steuerbefreit werden sollen. Lukas Reimann brauchte markige Worte: „Die Spieler werden vom Staat abgezockt!“ Simonetta Sommaruga erwiderte: „Sie müssen der Bevölkerung schon noch erklären, wenn einer mit einer Million heimkommt und diese nicht versteuern muss, warum jeder Arbeitnehmende seinen sauer verdienten Lohn versteuern muss!“ Eine Steuerbefreiung hätte Bund, Kanton und Gemeinden mit über 100 Mio. Franken Steuerausfällen belastet. Bekämpft wurde auch die Bestimmung, wonach nur Casinos mit Sitz in der Schweiz Online-Spiele anbieten dürften. Offshore-Firmen würden sich bezüglich der Gewinnablieferung aber wohl kaum an unsere Vorschriften halten. Insgesamt ist es ein gutes Gesetz geworden, das die neuen Spielformen regelt, auch wenn wir uns stärkere Präventionsmassnahmen gewünscht hätten. Jungparteien werden aber dennoch wegen der Netzsperrung für illegale Spiele das Referendum ergreifen.

Das Rad lässt sich nicht zurückdrehen

Rasa steht für die Initiative „Raus aus der Sackgasse“ und will den Zuwanderungsartikel wieder aus der Verfassung streichen. Damit wollte sich niemand im Parlament so richtig anfreunden. Auch die drei Gegenvorschläge fielen deutlich durch. In der direkten Demokratie müssen Volksentscheide akzeptiert werden. Mit Rasa gäbe es zwar keinen Widerspruch zwischen Verfassung und der Personenfreizügigkeit mehr, aber die Steuerung der Zuwanderung würde dadurch nicht gelöst. Beim Servicepersonal, bei landwirtschaftlichen Hilfskräften und in der Baubranche werden noch immer Tausende Arbeitnehmende im Ausland rekrutiert, trotz hoher Arbeitslosigkeit in diesen Branchen. Mit dem Inländervorrang light wird dieser Missstand angegangen. Die Bilateralen sind dadurch nicht gefährdet. Fazit: Die Schweiz ist schon aus der Sackgasse raus, die Rasa-Initiative braucht es nicht. Schade, dass die Initiative nicht zurückgezogen wird. Eine erneute Europa-Abstimmung könnte die Position der Schweiz schwächen, obwohl Rasa genau dies verhindern wollte.

No-Billag bedeutet Berlusconisierung der Medien

Die Initiative will die Radio- und Fernsehgebühren abschaffen, der Gegenvorschlag die Gebühren „nur“ halbieren. Die meisten der 69 Rednerinnen und Redner in dieser Debatte haben sich überaus deutlich für einen starken Service Public im Bereich der elektronischen Medien ausgesprochen. Die kleine Schweiz mit ihren vier Sprachregionen und direkter Demokratie ist auf unabhängige Medien angewiesen. Die Diskussionen zeigten deutlich, dass die SRG zu den wichtigsten Institutionen der Kulturförderung gehört. Sie unterstützt mit erheblichen Beiträgen Schweizer Musikschafter, AutorInnen sowie Filmschafter. Ohne die SRG würden kaum Schweizer Filme produziert und Schweizer Musik würde nur ungenügend bekannt. Franz Hohler wird für das „Totemügerli“ jedes Mal mit 250 Franken entschädigt, seine Altersrente wie er sagt. Die betont heimatverbundene Partei hat dafür leider kein Musikgehör. Die meisten der 34 regionalen privaten Radio- und Fernsehsender, die zurzeit mehr als 67 Mio. Franken der Gebühren erhalten, könnten ohne Billag wohl kaum überleben. Bedenklich, dass die Economiesuisse den Gegenvorschlag unterstützt und sich damit gegen Medienvielfalt und freien Journalismus stellt.

Flüchtlingseland erfordert solidarisches Handeln!

Die Schweiz will sich über das Schengenabkommen an einem stärkeren Grenzschutz beteiligen und die Europäische Grenz- und Küstenwache stärken, auch um das Flüchtlingssterben im Mittelmeer zu verhindern. Kaum ein Land führt die Asylsuchenden so konsequent in das Erstaufnahmeland zurück wie die Schweiz. Wir sparen damit viel Geld! Flüchtlingen mit Anspruch auf Schutz müssen ein geordneter Grenzübertritt und ein menschenwürdiges Verfahren ermöglicht werden. Opposition kommt von rechts: Grenzschutzangestellte an die Schengen-Aussengrenze zu delegieren führe zu einer löchrigen Innengrenze. Tatsächlich? Die Schweiz wird 16 Personen oder 0.8 Prozent des Grenzwachcorps für diese humanitäre Aufgabe stellen! Die Bevölkerung in Mittelmeerstaaten hat in den letzten Jahren zur Rettung von Leben und Aufnahme von Flüchtlingen ein Vielfaches davon geleistet. Damit das weiterhin so bleibt, braucht es unsere Solidarität!